

KURZ NOTIERT

Förderverein zieht Bilanz

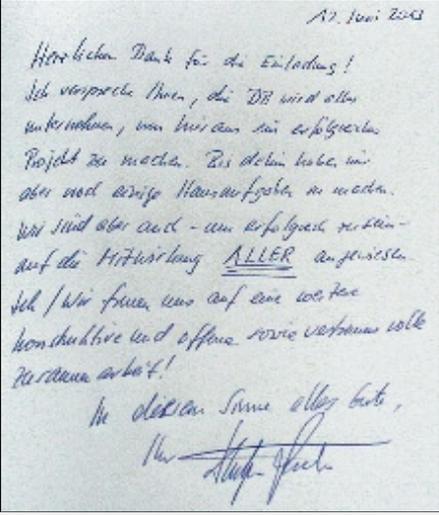
GROSSENBRÖDE • Der Förderverein für Heimatkunde und Landschaftspflege im Großenbroder Winkel lädt zur Jahreshauptversammlung am Montag (17. Juni). Um 19 Uhr im Sportlerheim erfolgt zunächst der Jahresbericht des 1. Vorsitzenden Jens Reise. Weiterhin berichten Jörn Koch und Dieter Seibt über den Kassenstand. Die Wahl des Schriftführers steht ebenfalls an. Ferner wird der Film „Der Bau der Fehmarnsundbrücke“ gezeigt. • kg

Konzert von Gesine Thermann & Friends



Gesine Thermann & Friends.

SÜTEL • „Gesine Thermann & Friends“ treten heute Abend im 19 Uhr im Restaurant „Spinnaker“ auf. Es gibt Folk, Rock, Soul und Gospel zu hören. Gesine Thermann ist bereits bekannt als Solosängerin des Holy Harbour Gospel Choir. Sie wird von Gerrit Gätjens und dem Fehmaraner Florian Peters an der Gitarre, E-Gitarre und anderen Saiteninstrumenten begleitet. „Gesine Thermann & Friends“ machen nach eigenen Angaben „Musik für Genießer, für Menschen, die Freude am Zuhören haben.“ • kg



Bahnchef Dr. Rüdiger Grube im Infocenter Feste Fehmarnbeltquerung

Bernhard Ketels (l., Foto rechts), Leiter des Infocenters Feste Fehmarnbeltquerung in Burg, konnte am Mittwoch mit Verkehrsminister Reinhard Meyer (m.) sowie Bahnchef Dr. Rüdiger Grube (r.)

hochrangigen Besuch begrüßen und durch die Räumlichkeiten der Ausstellung führen, wobei Ketels anmerkte, dass den Besuchern die Vorteile einer Brücke leichter zu vermitteln wären als

die eines Tunnels. Grube verewigte sich schließlich mit einem Eintrag ins Gästebuch (Foto links). Er schrieb: „Herzlichen Dank für die Einladung! Ich verspreche Ihnen, die DB wird alles

unternehmen, um hieraus ein erfolgreiches Projekt zu machen. Bis dahin haben wir aber noch einige Hausaufgaben zu machen. Wir sind aber auch – um erfolgreich zu sein – auf die Mitwirk-

ung ALLER angewiesen. Ich/Wir freuen uns auf eine weitere konstruktive und offene sowie vertrauensvolle Zusammenarbeit! In diesem Sinne alles Gute, Ihr Rüdiger Grube. • hō

SPD-Kreistagsfraktion zurt Personal fest

Bärbel Seehusen soll stellvertretende Kreispräsidentin werden, Burkhard Klinke stellvertretender Landrat

OSTHOLSTEIN • Die SPD-Kreistagsfraktion hat Bärbel Seehusen für das Amt der stellvertretenden Kreispräsidentin und Burkhard Klinke für das Amt des stellvertretenden Landrats nominiert. Das teilte Fraktionschef Klinke gestern Abend der Presse mit. Damit hat die Fraktion, nachdem bereits ihre Spitze und der Vorstand gewählt worden waren, ihre personelle Entscheidungen für die konstituierende Kreistagsitzung getroffen.

Die Fraktion setzt sich aus 18 Kreistagsabgeordneten und fünf wählbaren Bürgern zusammen. Letztere sind Heiner Woller, Axel Höpke, Peter Ascheberg, Volker Wiencke und Hermann Greve. Weiterhin wurden die Sprecherinnen und Sprecher für die Teillfraktionen gewählt. Gerhard Fritsche übernimmt das Finanzressort, für Schule, Bildung, Kultur und Sport ist Annette Schlichter-Schenck zuständig. Soziales, Sicherheit und

Gesundheit geht an Manfred Jäger, Jugendhilfe wird in die Hände von Katja Behrends gelegt. Hilbert Neumann ist Sprecher für Natur, Umwelt, Bau und Verkehr, Heinz-Dieter Steigert ist zuständig für den Bereich Planung, Wirtschaft und Tourismus. „Die Teillfraktionen bereiten die Ausschussarbeit vor und geben auf der Grundlage des Wahlprogramms von 2013 die politischen Ziele für die kommende Kreistagsarbeit vor“, umreißt

Burkhard Klinke das Aufgabensfeld. „Fraktion vor Ort“ ein Schwerpunkt Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit für die kommenden fünf Jahre wird wieder „Fraktion vor Ort“ sein. So werden die Teillfraktionen den Kreis Ostholstein nach politischen Schwerpunkten bereisen. Klinke: „Durch die Erhöhung der Ausschusssitze von elf auf 13 werden wir

unsere wählbaren Bürger als ordentliche Mitglieder in den Ausschüssen mit einbinden. Weiterhin habe wir bei der Verteilung in den Fachausschüssen auf eine Mischung von neuen Kreistagsabgeordneten mit den ‚Erfahrenen‘ gesetzt. Dadurch, dass sich die Mehrheitsverhältnisse im Kreistag verändert haben, werden wir versuchen, mit wechselnden Mehrheiten unsere Anträge in den Ausschüssen und im Kreistag durchzubringen.“ • hō

DER FT-LESER HAT DAS WORT

Das Märchen von der niedrigen Inflation

Als Reaktion auf den FT-Kommentar „Die Rechnung kommt“ vom 10. Juni 2013 erreichte uns die nachfolgende Lesermeinung unseres Lesers Andreas Sewald: „Definition der Inflation von der Europäischen Zentralbank: Zitat: „In einer Marktwirtschaft können sich die Preise für Waren und Dienstleistungen jederzeit ändern – einige Preise steigen, während andere fallen. Erhöhen sich die Güterpreise allgemein, und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so spricht man von ‚Inflation‘. Ist dies der Fall, so kann man für einen Euro weniger kaufen oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist dann weniger wert als zuvor.“ Diese Definition ist falsch. Sie dient nur einem Zweck: Zu verschleiern, dass der Staat durch Schulden das Geld seiner Bürger entwertet. Der Begriff ‚Inflation‘ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet so viel wie ‚Aufblähung‘. Man bezeichnet damit eine Geldentwertung, die durch Vermehrung der Geldmenge mit Papiergeld entsteht. Wenn nämlich nicht

auch gleichzeitig die Menge der sich im Umlauf befindlichen Waren vermehrt wird, wird das Verhältnis Geld – Ware gestört und das Geld verliert an Wert. Die Preise steigen, die Löhne können damit nicht Schritt halten und verlieren an Kaufkraft („Kaufkraftschwund“). Infolgedessen verlieren auch Sparguthaben an Wert. Dies geschieht zurzeit in erheblichem Maße. Was uns als Inflation verkauft wird, hat nicht der Handel und das Dienstleistungsgewerbe zu verantworten, sondern verantwortungslose Politiker, die ein schuldenbasiertes Karussell drehen. So möchte unsere Kanzlerin mit Wahlgeschenken von über 20 Milliarden den Wähler auf ihre Seite und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl am 22. September ziehen. Woher das Geld kommen soll, sagt sie uns allerdings nicht. Ich kann Ihnen sagen, woher die Milliarden, sollten die Wahlversprechen wider Erwarten nach der Wahl doch eingelöst werden, kommen. Überwiegend aus neuen Schulden, die wir mit höheren Steuern abtragen dürfen. Sie steckt uns also für unsere Stimme Wahlge-

schenke in die eine Tasche und aus der anderen zieht sie uns das Geld wieder über Steuern heraus. Die Statistik, die uns eine niedrige Inflationsrate, oder korrekt ausgedrückt, Teuerungsrate vorgaukelt, strotzt vor Manipulationen und glatten Statistiklügen. Wer sich den Inhalt und die Berechnungsmethode sowie die Gewichtung der Waren und Dienstleistungen im Warenkorb des Bundesstatistikamtes ansieht, kommt aus dem Lachen nicht mehr heraus und fragt sich, auf welchem Planeten diese Statistiker sitzen. Bei einem Einkommen von 1000 Euro monatlich berechnet sich zum Beispiel der Anteil an Kraftstoffen auf 36,36 Euro monatlich, für Schuhe werden 0,20 Euro fällig, 10,17 Euro für Zentralheizung und Fernwärme, für alle Beförderungsarten im öffentlichen Verkehr rechnen die Träumer 19,17 Euro durchschnittlich pro Monat. Auf die Spitze getrieben wird die Lügenstatistik durch die hedonische Berechnung. Beispiel gefällig: Nehmen wir an, Sie kaufen sich alle drei Jahre einen neuen Computer. Der neue ist mittlerweile doppelt so

schnell wie der alte. Dann behaupten die Statistiker, der Mehrwert und Lustgewinn (hedonik = griechisch für Lust, Freude) des Computers ist 100 Prozent und lassen in den Warenkorb nur 500 Euro für den neuen Computer einfließen, obwohl der neue immer noch 1000 Euro kostet. Und das gleiche macht man mit Büchern, Autos, Immobilien und so weiter. So rechnet sich unsere Regierung die Teuerungsrate klein und betrug den Bürger. Wer mit diesen obigen Kosten anteilig im Monat auskommt, darf sich gern bei mir melden und mir erklären, wie er in der heutigen statistischen Kostenviertel überleben kann. Was die Statistik aber völlig verschweigt, ist der größte Kostenverursacher. Offiziell betrug die Inflationsrate in Deutschland für den Zeitraum 1960 bis 2000 gesamt 252,43 Prozent. Das bedeutet, für einen Warenkorb, der 1960 100 Mark kostete, mussten im Jahre 2000 (umgerechnet) 352,43 Mark bezahlt werden. Sein Preis hat sich also um den Faktor 3,52 erhöht. Im selben Zeitraum stiegen die von den Bundesbürgern auf-

zubringenden Steuereinnahmen des Staates um den Faktor 14,75, also viermal stärker als der Preis des Warenkorb. Berücksichtigt man die Dienstleistungskosten des Staates bei der Inflationsberechnung, beträgt ihr Faktor nicht publizierte 3,52, sondern eher 7,94 und damit so viel wie die Erhöhung des Bruttomonatsverdienstes in den letzten vier Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.“ (Quelle: 2007 Karl Pawek, der Inflationsbetrug). Allerdings kann sich der Staat auf die Dummheit seiner Bürger und Institutionen verlassen, um das Spiel der Staatsverschuldung und Inflationierung weiterzutreiben. Wenn Sie heute der Regierung für ihre Staatsanleihe 1000 Euro für ein Jahr leihen, werden Sie mit 0,0011 Prozent Zinsen abgespeist. Das sind 1,1 Cent Zinsen für ein Jahr. Obwohl dies einfach nur lächerlich ist, konnte der Staat darüber vor Kurzem 2,4 Milliarden einsammeln. Wenn wir die offizielle Teuerungsrate von 1,9 Prozent durch die wohl tatsächliche von fünf bis sechs austauschen und uns der Staat so viel Zinsen zahlen

müsste, dass zumindest die Kaufkraft erhalten bleibt, wäre der Staat und somit wir alle schon längst im Bankrott. Es gibt eine Situation, bei dem diese Zinsen und der Bankrott schneller kommen kann, als es unserer Regierung lieb ist: Wenn die Bürger und Institutionen dem Staat (also uns selbst) nicht mehr glauben, dass er weiterhin die Wahlgeschenke, Schulden und Verpflichtungen, die er mit der Eurorettung eingegangen ist, noch länger schultern kann. Dann springen die Zinsen und Risikozuschläge hoch und dann heißt es ganz schnell wie jetzt schon in halb Europa: Game over. Dann ist kein anderes ‚Deutschland‘ da, das die Bundesrepublik mit Rettungsschirmen wie ESM und Co. über Wasser hält. Dann hilft nur noch Geld drucken. Willkommen in der Hyperinflation. Andreas Sewald Dörpstraat 5, OT Wulfen 23769 Fehmarn Leserbriefe geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Kürzungen vorbehalten.